

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/58

Hannover, 19. Mai 1948

## Die Zentrale Jahreskonferenz der Jungsozialisten

=====

-dt. Nicht ohne Absicht war die diesjährige Zentrale Jahreskonferenz der Jungsozialisten in der SPD nach Hof in Bayern verlegt worden. Hof, an der Grenze zwischen Demokratie und Totalitarismus, mit seinem Einschleusungslager Moschendorf ein Schnittpunkt so vieler Leidenslinien Europas, gab wie selten eine Stadt im heutigen Deutschland den Hintergrund zu den Wahlspruch der Konferenz: "Wer die Freiheit aufgibt, wählt den Untergang."

Die Delegierten der befreundeten Jugendorganisationen des Auslandes - aus acht Ländern waren mehrköpfige Abordnungen gekommen - erhielten einen mit den Strapazen einer Reise durch Deutschland sicherlich nicht zu teuer erkauften aufschlussreichen Einblick in die Probleme und Sorgen, die die deutsche Jugend heute im allgemeinen, die sozialistische Jugend im besonderen zu lösen hat. Dass die Ausländer zum Teil von diesen Sorgen schon wussten, ehe sie die Reise angetreten hatten, besagten ihre Begrüßungsansprachen; dass sie manchmal Unfreundlichkeiten über das Ausland, soweit es an der Besetzung Deutschlands beteiligt ist, hören mussten, konnte in diesem Rahmen nicht als Unhöflichkeit ausgelegt werden, diente es doch dem ernstesten Bemühen, die seelische, geistige und physische Not der deutschen Jugend mit allen ihren Wurzeln und Erscheinungsformen aufzuzeigen in der Erkenntnis, dass die Erstellung der Diagnose die erste Voraussetzung für den Heilungsprozess darstellt.

Diesem Bemühen galten vor allem die Ausführungen Hans Hermsdorfs, des Generalsekretärs der Jungsozialisten, in seinem Referat "Die Lage der deutschen Jugend nach drei Jahren Waffenruhe." Es war kein schönes Bild, das der Redner da entrollte, wir kennen es alle, es ist mit den Begriffen der "Bunkerjugend", der "Bahnhofsjugend" und der Schwarzhändlertypen unüberschaubar in unser tägliches Bild eingegangen. Aber - und das ist das Entscheidende der Feststellungen Hermsdorfs - es irrt, wer die deutsche Jugend nur nach diesen sichtbaren Auswirkungen einer zwölfjährigen verbrecherischen und dreijährigen verfehlten Politik beurteilt. Wer diese Auswüchse unserer Zeit als Maßstab an die Moral

der Jugend von heute legt, der übersieht, so sagte Hermsdorf wörtlich, "die Hunderttausenden von Jugendlichen, die mit einem Stück trockenen Brotes in der Tasche hungernd zur Arbeit gehen!" Und die weitere Feststellung: "Zu einer Zeit, da ein Schwarzhändler mehr verdient als ein Minister, gehen 90 v.H. aller Deutschen einer ehrlichen Arbeit nach", gibt Hermsdorf das Recht zu der Schlussfolgerung, dass der Kern der deutschen Jugend gesund geblieben ist.

An die Diagnose Hermsdorfs knüpfte Heinz Kühn-Köln an. Seine Ausführungen stellten das Beste dar, was seit langen, langen Jahren einer politisch interessierten Jugend als Analyse der Vergangenheit, Kritik der Gegenwart und Aufgabe für die Zukunft klar, logisch durchdacht und wirkungsvoll vorgetragen, unter dem Motto "Die Verpflichtung der Jugend in der Krise unserer Zeit", zur Diskussion gestellt wurde. Kühn rüttelte entschlossen an langjährigen Traditionen und er stemmte seine Schultern gegen einen im Feuerofen zweier Weltkriege überflüssig gewordenen Ballast, als er sagte, dass nicht alle ideologischen Positionen des Marxismus im Trommelfeuer der Zeit standgehalten hätten. Was er will, ist, die Menschen durch einen geläuterten Sozialismus mit einem neuen sittlichen Inhalt zu erfüllen und dadurch eine Art Manifest, so etwa, wie es vor hundert Jahren das kommunistische Manifest tat, in einer nitreissenden Sprache (die er selbst meisterhaft beherrscht) das Unheil unserer Zeit, den nihilistischen Skeptizismus, zu überwinden.

Es war klar, dass die beiden Referate in der anschließenden Diskussion lebhaften Widerhall fanden. Erfreulich war es zu sehen, mit welcher Hingabe und Aufgeschlossenheit die Delegierten die Erkenntnisse Hermsdorfs und Kühns mit den harten Erfordernissen des politischen Alltags in Einklang zu bringen versuchten. Manchmal schoss einer der Redner im jugendlichen Übereifer über's Ziel, mitunter zeigte ein anderer Mangel an realpolitischem Empfinden, häufig musste man sich zusammenstreifen, um aus These und Antithese zur Synthese einer politischen Zusammenarbeit zu gelangen und nicht selten beschwichtigte die ordnende Hand des Konferenzleiters erhitzte Gemüter, aber immer waren Für und Wider von dem Willen getragen, das Scherflein der Jugend dazu beizusteuern, um aus dem Dschungel der deutschen geistigen und materiellen Not einen Ausweg zu finden. Keinesfalls aber als "Staat in Staate", als streng separierte Organisation neben der SPD, sondern, wie ein Teil der Wahl besonders zeigte, als bewusst eingeordnete Gliederung der Partei.

Als am dritten Tage nach einem Vortrag Herta Gotthelfs "Die internationale Lage der Sozialisten" für die Teilnehmer der Konferenz das Bild abgerundet und die Tagung selbst geschlossen wurde, konnten die Delegierten auf ein gehäuftes Mass anstrengender Arbeit zurückblicken und eine Fülle von Anregungen mit nach Hause nehmen, um in täglichen Kleinkampf ihr schwieriges Werk, die politische Erziehung der sozialistischen Jugend fortzusetzen. Die Konferenz hat ihnen dazu gewiss neuen Auftrieb verliehen.

Innenpolitischer Wendepunkt in Frankreich?Schwächung der Gaullisten - Parteitag der Volksrepublikaner

Unabhängig von dem grossen persönlichen Prestige des Generals de Gaulle hat der Gaullismus in Frankreich keine tieferen Wurzeln. Seine autoritär-aristokratischen Tendenzen widersprechen zu sehr der politischen Tradition des Landes. Die grosse Chance des Generals liegt ausschliesslich in seiner Rolle als Retter des Landes, sei es vor dem Kommunismus, sei es vor dem wirtschaftlich-politischen Chaos. Mit der Überwindung dieser beiden Gefahren muss der Gaullismus als Massenbewegung seine Schlagkraft verlieren.

Die Aussichten des Kommunismus waren in Westeuropa nie geringer als gerade jetzt. Die französische Partei ist sich sehr wohl ihrer Schwäche bewusst und vermeidet seit den italienischen Wahlen sorgsam jede Kraftprobe. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind zwar noch nicht aus der Welt geschafft, aber es wird allgemein anerkannt, dass die Regierung bisher recht beachtliche Erfolge erzielt hat und dass nach der neuen Ernte die Stabilisierung der Verhältnisse in Frankreich erreicht werden kann. Auch auf diesem Gebiet arbeitet also die Zeit gegen de Gaulle. Dazu kommt die immer betontere antiparlamentarische Haltung der gaullistischen Sammelbewegung. Diese Taktik ist mehr als ungeschickt, da Antiparlamentarismus in Frankreich, trotz einer oft sehr kritischen Beurteilung der Tätigkeit der Volksvertreter, nie ein guter Propagandartikel war. Ausserdem fühlen sich diejenigen Parlamentarier, die bisher stark mit dem General sympathisierten, vor den Kopf gestossen. Sie haben sich auch nicht gescheut, ihre Missbilligung offen zum Ausdruck zu bringen.

Der Parteitag der Volksrepublikaner (M.R.P.), der in Toulouse in der ersten Maihälfte stattfand, hat - überraschend - zu einer moralischen Stärkung der demokratisch-republikanischen Front in Frankreich geführt. Das M.R.P., das in den letzten Wahlen starke Verluste erlitt, und ausserdem durch den Abfall seines gaullistischen Flügels geschwächt wurde, wurde von vielen als eine kraftlose, sterbende Partei angesehen, zerrissen durch innere Streitigkeiten und Unentschlössenheiten. Der Parteitag von Toulouse hatte in der Öffentlichkeit eine umso grössere Wirkung, als er eine von niemandem erwartete innere Kraft und Entschlossenheit der Partei offenbarte. Das MRP kann auf diese Weise erneut zum Sammelbecken aller fortschrittlich-bürgerlichen Elemente werden, und selbst eines Teiles der Arbeiterschaft, d.h. aller derjenigen, die, ohne Sozialisten zu sein, sowohl den Kommunismus zur Linken wie den Gaullismus zur Rechten ablehnen. Es ist bezeichnend, dass dieser moralisch-politische Aufschwung des MRP gerade von dem sozialistischen Chefredakteur der unabhängigen Zeitung "Combat", Texcier (der auch Mitglied des Parteivorstandes der sozialistischen Partei ist), unterstrichen wurde.

19. Mai 1948

Sämtliche Redner haben in eindeutiger Form den Gaullismus abgelehnt, selbst Aussenminister Bidault, von dem man wiederholt - aber wohl ohne Grund - behauptet hat, er stände einer engen Zusammenarbeit mit den Gaullisten günstig gegenüber. Gewiss, allen aufbauwilligen Kräften wurde das Tor der Zusammenarbeit mit der Regierung offen gelassen, aber unter der klaren Bedingung, dass eine Verständigung nur im Rahmen der demokratisch-parlamentarischen Verfassung erfolgen könne. Die Partei hat sich gegen jeden negativen Antikommunismus und Antisowjetismus ausgesprochen. Das Verbot der kommunistischen Partei sei keine Lösung der bestehenden sozialen Frage. Es sei auch nicht möglich, den tiefen Gegensatz zwischen dem Proletariat und der bürgerlich-kapitalistischen Schichten dadurch zu überbrücken, dass man vor der Kluft einfach die Augen schliesst. Allein durch die Verwirklichung der grösstmöglichen sozialen Gerechtigkeit könne der kommunistischen Propaganda der Boden entzogen werden.

Aussenpolitisch tritt die Partei für eine enge, westeuropäische Zusammenarbeit ein, für eine eben enge wirtschaftliche Gemeinschaft zwischen Europa und Afrika und für die Lösung der deutschen Frage im Rahmen einer europäischen Föderation. Der Berichterstatter für die deutsche Frage, Barthélemy Ott, Mitglied des Rates der Republik, hat seine Ausführungen mit folgenden Worten abgeschlossen: "Frankreich spricht von Deutschland noch mit bitteren Gefühlen, es ist aber fähig, sie zu überwinden. Frankreich weiss, dass Deutschland nicht aus Europa entfernt werden kann und dass sich der Platz der Deutschen innerhalb der europäischen Gemeinschaft befindet. Es verlangt lediglich, dass alle Vorkehrungen getroffen werden, dass alle Garantien gegeben werden, damit Deutschland nie wieder in die Versuchung geführt wird, der es mit Hitler unterlegen ist. Und das liegt nicht nur im Interesse Frankreichs und der Menschheit, sondern auch im Interesse von Deutschland selbst, das nicht ein zweites Mal seine Seele verlieren darf."

(b/155/418/1/he) Alfred Frisch

Nach dem Siege der UGC

Zur Situation der Berliner Gewerkschaften  
Berlin, im Mai 1948

W.B. Die Berliner Gewerkschaftsbewegung steht seit ihrer Wiederbegründung 1945 unter kommunistischer Führung. Bei der Bildung der SED 1946 wanderte ausserdem noch eine Reihe ehemals sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer ins kommunistische Lager ab. Der FDGB wurde damit zum Werkzeug des SED-Apparates, und dieser Apparat tat alles, um seine Herrschaft zu behaupten.

Bei den diesjährigen Wahlen zu den Bezirks- und Verbandskonferenzen ergab sich jedoch trotz weitgehender Aufhebung der demokratischen Wahlbedingungen im russischen Sektor eine eindeutige Niederlage des bisher antirendenden Vorstandes. Man muss in Berlin leben, um ganz zu verstehen, was es bedeutet, wenn oppositionelle Eisenbahner entlassen, sozialdemokratische Delegierte unter Druck gesetzt und nackte Gewaltmassnahmen im Interesse der kommunistischen Führung ergriffen werden.

Bei den Wahlen zu den Bezirksausschüssen war von vornherein klar, dass die Kommunisten die acht Bezirke im russischen Sektor beherrschen würden. Von den zwölf Westbezirken entschieden sich aber zehn eindeutig für die unabhängige Gewerkschafts-Opposition (UGO). Nur ein Bezirk blieb in Händen der SED-Leute, während es in einem anderen Bezirk zu einer gemeinsamen Besetzung des Vorstandes kam. Im vorigen Jahr wurden nur zwei Bezirksausschüsse von der Opposition besetzt. Die ausgesprochenen Arbeiterbezirke Wedding und Neukölln haben eine klare UGO-Mehrheit aufzuweisen.

Von den 18 Verbänden des Berliner FDGB hatten bisher vier eine oppositionelle Vorstandsmehrheit, nämlich die Kaufmännischen- und Büroangestellten, Techniker und Werkmeister, die Lehrer und Landarbeiter. Bei diesen Verbänden ergab sich diesmal eine noch eindeutigeren Behauptung gegenüber den Kommunisten. Sowohl bei den Angestellten, wie bei den Technikern siegte die demokratische Richtung in 16 von 20 Bezirken, also sogar in der Hälfte der Bezirke des russischen Sektors. Neu hinzugekommen ist der grosse Verband der öffentlichen Betriebe, weiter die Organisation der Eisenbahner und der Post- und Fernmeldewesens. Insgesamt haben diese sieben Verbände 275.000 Mitglieder.

Eine kritische Prüfung der Wahlprotokolle ergibt, dass die Opposition 60% der Mitglieder vertritt, wohlgemerkt bei Einbeziehung des russischen Sektors. Es ist also nicht mehr als recht und billig, wenn die UGO verlangt, dass die demokratische Entscheidung der Mitgliedschaft auch respektiert werde. 800 gewählte Delegierte der Verbände und Bezirke sind zusammengetreten und haben einen Aktionsausschuss der demokratischen Gewerkschaftler gewählt. An seiner Spitze steht ein neunköpfiger Vorstand, dem von sozialdemokratischer Seite u.a. Erich Galle und Otto Suhr, von Seiten der christlichen Gewerkschaftler Jacob Kaiser angehören. Die Opposition verlangt zunächst die Anerkennung aller gültigen Mandate und darüber hinaus die Berücksichtigung der tatsächlichen Kräfteverhältnisse bei der Neubildung des FDGB-Vorstandes Berlin, der verschiedenen Sekretariate und der Redaktion der "Tribüne".

#### Die SPD und die VVN

Durch Presse- und Rundfunkmeldungen sind in der Öffentlichkeit Unklarheiten über die Einstellung der SPD zur VVN entstanden. Zur Klarstellung teilt der Vorstand der SPD einen Beschluss seiner Sitzung vom 5. Mai 1948 mit, nach dem die Mitgliedschaft in der VVN mit der Mitgliedschaft in der SPD unvereinbar ist. Dieser Beschluss ist nicht auf Länder oder Zonen beschränkt. Eine Zentralstelle politisch verfolgter Sozialdemokraten wird in engster Verbindung mit den Parteibezirken die Frage der Betreuung und Wiedergutmachung bearbeiten.

Der Vorstand der SPD stellt fest, dass die VVN durch ihre politische Stellungnahme zu vielen Fragen die kommunistische Politik eindeutig unterstützt hat. Der Vorstand der SPD fordert, dass die Betreuungsstellen und VVN nicht identisch sind und die staatlichen Betreuungsstellen ihre Aufgabe unabhängig von der VVN gegenüber allen von den Kreissonderhilfeausschüssen anerkannten ehemals politisch, rassistisch und religiös Verfolgten durchführen. (Bl/195/L/he)

Wie ein Holländer heute Deutschland sieht

sp. Unser -dt-Mitarbeiter hatte bei der Zentralen Jahreskonferenz der Jungsozialisten in Hof Gelegenheit zu einem Interview mit Bob Moolenaar, Amsterdam, dem Vorsitzenden der Sozialistischen Jugendinternationales. Zwanglos, in einer kurzen Mittagspause, gab der junge intelligente Holländer Bescheid auf die vorgelegten Fragen. Moolenaar ist 25 Jahre alt, Student der Rechtswissenschaft und kam aus der holländischen Widerstandsbewegung in die sozialistische Jugendbewegung. Das Erstaunen über sein tadelloses Deutsch klärt er damit auf, dass er zunächst Deutsch studiert und später selbst als Deutschlehrer gearbeitet hat.

Frage: "Wie beurteilen Sie die Arbeit unter den deutschen Jungsozialisten?"

Antwort: "Ich bin überrascht davon, wie sehr diese Arbeit der Arbeit unserer holländischen Jungsozialisten ähnelt. Dies trotz der Isolierung, der die deutschen Jungsozialisten jahrelang ausgesetzt waren. Ich glaube, dass die Güte der heutigen Arbeit traditionell bedingt ist."

Frage: "Wie sind die Aussichten auf Aufnahme der deutschen Jungsozialisten in die Jugendinternationale?"

Antwort: "Die Aufnahme ist hundertprozentig gesichert. Wir waren früher keineswegs misstrauisch gegen die deutschen Jungsozialisten, wollten aber nicht die Verbindung mit den Oststaaten aufgeben. Jetzt sind wir im Osten besiegt worden. Trotzdem hat es immer lose Bindungen über die Grenzen hinweg gegeben."

Frage: "Welche sind ihre stärksten Eindrücke von Deutschland?"

Antwort: "Einerseits das Chaos in der Ernährungs-, in der Wohnungs- und der Wirtschaftslage überhaupt. Wir haben heute hier ein Flüchtlingslager besucht und sind entsetzt. Es ist eine viel ausgedehntere Wiederholung dessen, was wir in letzten Kriegswinter im Westen unseres Landes erlebten. Uns aber tröstete immer die Hoffnung auf ein baldiges Ende, in der deutschen Situation sehe ich in der stark verbreiteten Hoffnungslosigkeit das weitaus betrüblichste Charakteristikum. Zu den positiven Eindrücken rechne ich, wie ungeheuer wir uns, in den wenigen Tagen unseres Aufenthaltes in die Gemeinschaft der deutschen Jungsozialisten eingefühlt haben. Wir fühlten uns sofort wie zu Hause, wohin wir immer kamen."

"Wie ist die Stimmung der holländischen Bevölkerung gegenüber Deutschland?"

Antwort: "Es wird jetzt allgemein anerkannt, dass man zu einer Zusammenarbeit mit Deutschland im Gesamtrahmen Europas kommen muss. Seit etwa einem Jahr ist eine allmähliche Entwicklung zum heutigen Stand festzustellen."

Frage: "Wieviel Autogramme haben Sie in diesen Tagen ungefähr unterschrieben?"

Bob Moolenaar zögert einen Augenblick. Dann wirft er einen fragenden Blick auf die neben ihm sitzende österreichische Delegierte, Jenny Strasser, Wien: "Jenny, hilf mir!" Und Jenny hilft: "Ich glaube, rund tausend Autogramme pro Tag." Damit hätten wir uns", fügt Bob Moolenaar hinzu, "schon allein schon unser tägliches Brot verdient."

Verantwortlich: Peter Raunau